

Europarat für qualifizierte Diagnostik und multimodale Behandlung von ADHS Mehr Forschung und verbesserte Informationen für Eltern und Lehrer

Am 26. März 2003 hat das Ministerkomitee des Europarates in Strassburg, welches die 44 Regierungen der Länder des Europarates vertritt, seine Antwort auf die Empfehlung No. 1562 der Parlamentarischen Versammlung aus dem Jahre 2002 über die „Kontrolle von Diagnose und Behandlung von hyperaktiven Kindern in Europa“ verabschiedet¹. Die Empfehlung und vor allem der ihr zugrunde liegende Bericht, der die gängigen Diagnose- und Behandlungsverfahren in Zweifel zog, waren seinerzeit in Fachwelt und Elternkreisen als unangewogen und irreführend kritisiert worden.

In seiner Antwort begrüßt das Ministerkomitee grundsätzlich die Initiative der Versammlung als wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung der europäischen Öffentlichkeit für das Thema Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung und Hyperkinetische Störung (ADHS/HKS). Gleichzeitig kritisiert es aber in deutlicher Form einige der in der Empfehlung und dem Bericht enthaltenen Spekulationen und Thesen als wissenschaftlich unhaltbar und irreführend. Dies gilt insbesondere für die breit erörterten Zweifel an der Existenz dieser Störungen und die pauschale Kritik an der medikamentösen Behandlung. Besonders bedauert das Ministerkomitee, dass die ausführlichen Ergebnisse einer hochrangigen Expertentagung der Pompidou-Gruppe zu diesem Thema im Jahre 1999 von der Versammlung nicht berücksichtigt wurden.

Richtigerweise hält das Ministerkomitee weiterhin eine Kontrolle der Diagnose und Behandlung der ADHS/HKS in Europa für notwendig. Es hebt jedoch auch ausdrücklich hervor, dass die betroffenen Kinder ein Anrecht auf optimale ärztliche Behandlung haben, einschließlich einer eventuellen medikamentösen Therapie mit Stimulanzien im Rahmen eines multidisziplinären Behandlungskonzeptes. Das Ministerkomitee teilt nicht die Bedenken hinsichtlich einer möglichen Über- oder Fehlversorgung in Europa, sondern führt den Anstieg an Diagnosen sowie der Verordnung von Medikamenten in den letzten Jahren auf eine bessere Kenntnis der Ärzte und Therapeuten über Ursachen und Behandlung dieser Störungen zurück.

Dagegen unterstützt das Ministerkomitee nachdrücklich folgende Forderungen der Parlamentarischen Versammlung:

- mehr Forschung über Ursachen und Behandlungsmöglichkeiten,
- verstärkte Ausbildung und berufsbegleitende Fortbildung für die mit der Diagnose und Behandlung befassten Ärzte,
- Zusammenarbeit auf internationaler Ebene mit dem Ziel einer Harmonisierung der beiden international gebräuchlichen diagnostischen Kriterienkataloge (DSM-IV und ICD-10),
- grundlegende Verbesserung der Informationen über Störungsbild und Behandlungsmöglichkeiten in erster Linie für Eltern und Lehrer/-innen, aber auch für Parlamentarier, Mitarbeiter/-innen im Gesundheitswesen und die breite Öffentlichkeit.

Wir, der Bundesverband Arbeitskreis Überaktives Kind zusammen mit dem Bundesverband Aufmerksamkeitsstörung/Hyperaktivität und der Elterninitiative AdS e.V. sowie vielen weiteren Selbsthilfevereinigungen und -gruppen von Eltern und Betroffenen, begrüßen die Antwort

¹ Dokument in englisch, französisch und deutsch: siehe website des Europarates (<http://www.coe.int/de/portal/>) oder BV AÜK (<http://www.auek.de/Seiten/Lesecke/index.html>)

des Ministerkomitees als eine wichtige und fundierte Klarstellung zu diesem Thema. Die eindeutige Feststellung, dass Ideologien oder wissenschaftlich unhaltbare Thesen hier nichts zu suchen haben, wird vielen durch die öffentliche Diskussion verunsicherten Eltern und Familien wieder Halt geben.

Wir sind überzeugt, dass wie zuvor schon das im Konsens mit Fach- und Elternverbänden erarbeitete nationale ADHS-Eckpunktepapier der Bundesregierung auch diese von 44 europäischen Regierungen gemeinsam verabschiedete Stellungnahme entscheidend zu der notwendigen Versachlichung der Diskussion beitragen wird.

Wir begrüßen ferner die Forderungen des Ministerkomitees nach weiterer Forschung. Zur Sicherung eines hohen Qualitätsniveaus ist eine verstärkte Aus- und Fortbildung nicht nur von Ärzten erforderlich, sondern je nach nationalen Gegebenheiten auch von anderen mit der Diagnose und Behandlung befassten Fachleuten.

Für besonders wichtig halten wir die verstärkte Information für Eltern, Lehrer und die Mitarbeiter/-innen im Gesundheitswesen. Gerade im Bereich der Schule besteht noch ein gewisser Nachholbedarf an ausgewogener und objektiver Information, wie Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit belegen. Mittelfristig sollte eine Vernetzung und Informationsaustausch auch auf europäischer Ebene zur Sicherung von einheitlichen Qualitätsrichtlinien angestrebt werden. Wir Elternverbände und Selbsthilfevereinigungen sind bereit, daran aktiv mitzuwirken.



Gertraude Fydrich
Vorstand BV-AH



Detlev Boeing
Vorstand BV AÜK



Michael Townson
Vorstand AdS eV